



Informationen für Gewerkschaftsbünde und Sektionen

Herausgegeben vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund
Postfach 64, 3000 Bern 23, Telefon 031 455666
Redaktion: Karl Aeschbach

Jetzt gilt es ernst:

MATERIALEN ZUR VOLKSABSTIMMUNG UEBER DIE 40-STUNDEN-WOCHE

Die Volksabstimmung vom 4. Dezember über die Initiative des SGB für die 40-Stunden-Woche ist für uns alle von grosser Bedeutung. Das Resultat wird das Klima für unsere Forderungen in den nächsten Jahren stark beeinflussen. Darum ist in dieser Schlussphase des Abstimmungskampfes eine grosse Anstrengung notwendig.

Beiliegend liefern wir Euch dafür die folgenden Materialien:

- ein Referat in ausführlicher Version, aufgebaut als ein Argumentenkatalog, der zeigt, warum wir die 40-Stunden-Woche wollen und wie die Initiative verwirklicht werden kann,
- ein Kurzreferat, das für den Einsatz in Gewerkschaftssektionen konzipiert ist, aber auch als Grundlage für Artikel und Leserbriefe in der Presse dienen kann,
- diverse Tabellen und Grafiken, für Referenten, die davon Folien für den Hellraumprojektor herstellen wollen, sowie als Illustrationen zu Presseartikeln,

Wir hoffen, dass damit die Verbände und ihre Sektionen, sowie die Gewerkschaftsbünde über alle notwendigen Informationen verfügen. Wir verweisen im übrigen auf unser Rundschreiben vom 6. September, mit dem die Verbände und Gewerkschaftsbünde über das zur Verfügung stehende Werbematerial orientiert wurden.

DIE EIDGENOESSISCHE VOLKSINITIATIVE ZUR HERABSETZUNG
DER ARBEITSZEIT

Wofür ? Warum ? Wie und mit welchen Folgen ?

Was schlägt die Initiative vor ?

Stimmt das Volk der Initiative im Dezember 1988 zu, wird die 40-Stunden-Woche in allen Betrieben schrittweise eingeführt.

Die Dauer der Arbeitszeit wird jedes Jahr um 2 Stunden herabgesetzt, bis alle gesetzlichen Arbeitszeiten auf 40 Stunden festgesetzt sind.

Praktisch heisst das, dass in den meisten grossen Betrieben die 40-Stunden-Woche Ende 1991 obligatorisch sein wird. Für die kleinen Betriebe wird dies bis Ende 1993 der Fall sein. Gewisse Wirtschaftszweige und Berufe werden dieses Ziel noch später erreichen.

Wie dies heute schon der Fall ist, wird die gesetzliche Arbeitszeit auch in Zukunft durch Ueberstunden, oder um Urlaube (variable Arbeitszeiten, "Brücke" über die Festtage) zu kompensieren, überschritten werden können.

In den zahlreichen Betrieben, wo bereits heute weniger lang gearbeitet wird, als es das Gesetz zulässt, wird die Anzahl der Ueberstunden, die der Arbeitgeber verlangen darf, schrittweise herabgesetzt. Heute ist diese Zahl wegen der Kluft, die zwischen der effektiven und der gesetzlichen Arbeitszeit besteht, übertrieben hoch.

Kein Arbeitgeber wird den Lohn mit dem Vorwand kürzen dürfen, wegen der Initiative sei die gesetzliche Arbeitszeit herabgesetzt worden.

In einer ferneren Zukunft und wenn die technische Entwicklung eine dauernde Arbeitslosigkeit zur Folge haben sollte, könnte das Parlament handeln und die Dauer der Arbeitszeit weiter herabsetzen. Auf diese Weise würden die Arbeitnehmer von der Steigerung der Produktivität profitieren.

Warum wollen wir die Arbeitszeit herabsetzen ?

Jede und jeder frage sich einmal selber, ob sie oder er über zu viel oder zu wenig Zeit verfügt. Sieht man zu, wie die Leute so leben, wird einem indessen bald einmal klar, dass unsere Gesellschaft "zeitkrank" ist. Dass die einen - und sie bilden die Mehrheit - ständig pressiert sind und dass die andern, die Arbeitslosen und manche Rentner sich fragen, was sie mit einer Zeit anfangen sollen, die für sie mehr Leere als Freiheit bedeutet.

Wir sind davon überzeugt, dass die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit notwendig ist...

... für unsere Gesundheit und unser Wohlergehen

Die zunehmende Intensität der Arbeit, oft auch ihre Monotonie, haben eine vermehrte Ermüdung zur Folge. Der Stress hat zugenommen. Lange Arbeitswege, Verkehrschaos, überfüllte Kaufläden usw. fressen unsere Freizeit auf und belasten uns noch zusätzlich. Der Schlaf allein vermag diesen Kräfteverschleiss nicht mehr auszugleichen. Er muss mit echter Freizeit kompensiert werden, mit freier Zeit, die wir schöpferischer Tätigkeit, dem Sport, dem Kontakt mit der Natur, der Familie und dem Leben in der Gesellschaft widmen können. Wir müssen die Stressdauer herabsetzen und die freie Zeit vermehren.

Die Konzentration lässt nach, wenn der Arbeitstag zu lang ist. Und mit der Länge des Arbeitstages nimmt auch die Zahl der Unfälle zu, während gleichzeitig die Qualität der Arbeit sinkt.

Psychisch gesund sein, das heisst auch fähig sein, sich neuen Situationen anzupassen und selbständig zu handeln. Wir brauchen Freiräume, wenn wir unsere Fähigkeiten entwickeln wollen. Wie viele Rentner haben ihre Pensionierung wie einen Schock erlebt, weil die Arbeit allzu einseitig ihr ganzes Leben aufgezehrt hatte !

... für die Familie und die Kinder

Wie kann man zu einer besseren Aufteilung von Aufgaben und Verantwortung unter Ehepartnern kommen, wie will man ein Leben zu zweit wirklich geniessen, wenn die Hausfrauen über Stunden und Stunden allein zu Hause und ihre Männer zehn Stunden im Tag fort sind ? Wie soll man das Familienleben mit dem Beruf in Uebereinstimmung bringen, wenn man dauernd von daheim zur Krippe, von der Krippe zum Haus und vom Haus in die Fabrik oder ins Büro rennen muss ? Die Kinder haben ein Recht auf Eltern, die Zeit für sie haben. Sie haben Mutter und Vater nötig. Auch Väter haben Anrecht auf die Freuden eines Spieles oder eines Gesprächs. Dazu brauchen wir alle Zeit, um mit Nachbarn, Bekannten und Freunden zusammenzusein.

... für die Gesellschaft

Bürgerinnen und Bürger, die Zeit haben, das ist eine Vorbedingung für ein reichhaltigeres Vereinsleben, für ein stärkeres Mitmachen in der Gewerkschaft, für eine lebendige Demokratie. Um eine öffentliche Aufgabe erfüllen zu können, um in der Gewerkschaft ein Amt zu übernehmen, um in einem Verein aktiv zu sein, um sich die notwendigen Informationen zu verschaffen, braucht es eine längere tägliche Freizeit. Ist das in offiziellen Reden immer wieder beklagte Abseitsstehen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht oft auf die Müdigkeit und Zeitmangel zurückzuführen ?

... für die Weiterbildung und die Chancengleichheit

Wer sich in seinem Beruf nicht immer wieder neues Wissen aneignet, riskiert den Absturz. Eine ungenügende oder eine zu enge berufliche Ausbildung kann in Zeiten des technischen

Wandels zur Sackgasse werden. Um mithalten zu können und sich eine Chance zum beruflichen Aufstieg zu wahren, braucht es aber ebenfalls Zeit, mehr Zeit als früher.

... für die Beschäftigung

Zum ersten Mal in der Geschichte vermindert die technische Entwicklung die Arbeitsmöglichkeiten auf allen Stufen der Produktion. Die Arbeitsplätze, die in der Fertigung eines Produktes wegrationalisiert werden, lassen sich nicht ohne weiteres durch solche im Maschinenbau ersetzen, weil auch da rationalisiert und weniger Arbeit gebraucht wird. Auch der Dienstleistungssektor (Verwaltung, Büro, Verkauf usw.) ist in den Sog der Arbeitsplatzverminderung geraten. Er kann nicht mehr all jenen Arbeit verschaffen, die in der Produktion, in der Industrie und im Gewerbe freigesetzt wurden.

Im Augenblick sieht es zwar so aus, als würde sich die Gefahr entfernen, weil die Zahl der Jungen, die neu auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, zurückgegangen ist und sich die Wirtschaftskonjunktur in den letzten Jahren gebessert hat. Die Konjunktur kann jedoch sehr rasch umschlagen. Und eines ist sicher: Längerfristig gesehen, wird es nur dann für alle Arbeit geben, wenn jeder und jede weniger lang arbeitet.

... für Europa

Europa ist im Entstehen. Ob sich die Schweiz der Europäischen Gemeinschaft anschliesst oder nicht, ist nicht entscheidend. Entscheidend jedoch ist, dass das soziale Europa nicht auf dem Altar der Geschäftemacher geopfert wird. Das heisst, dass eine Harmonisierung der Arbeitsbedingungen verwirklicht wird und nicht soziales Dumping auf Kosten der Arbeitnehmer. Genau das aber tut die Schweiz mit ihren langen Arbeitszeiten. Gehört das nicht ins Kapitel der unlauteren Konkurrenz ? Unsere Nachbarn werden uns daran erinnern, wenn wir vom europäischen Markt profitieren wollen - ohne den Preis der Solidarität zu bezahlen.

Weshalb wollen wir die Gesetze ändern ?

Als der Schweizerische Gewerkschaftsbund die Volksinitiative zur Herabsetzung der Arbeitszeit lancierte, hat er sich entschlossen, die Frage der 40-Stunden-Woche auch auf die politische Ebene zu bringen und nicht nur auf jene der Vertragsverhandlungen. Warum hat er das getan ?

Vor einem Jahrhundert war die Schweiz Bahnbrecherin in bezug auf die Gesetze, welche eine Beschränkung der Arbeitszeit einführten. Unter allen Regelungen zum Schutze der Arbeitnehmer sind jene, die mit der Arbeitszeit zu tun haben, die ältesten und die am meisten verbreiteten. Sie haben ihre Nützlichkeit bewiesen.

Viermal ist in der Schweiz - jeweils nach Arbeitskonflikten und harten Verhandlungen - über politische Debatten die Arbeitszeit herabgesetzt worden: 1877 (65-Stunden-Woche in den Fabriken, 1917 (59-Stunden-Woche in den Fabriken), 1919 (48-Stunden-Woche in den Fabriken), 1966 (46-, dann 45-Stunden-Woche in der Industrie und den grossen Betrieben, 50-Stunden-Woche im Gewerbe).

War die Schweiz früher einmal beispielgebend für andere Länder, ist das heute leider längst nicht mehr der Fall. Schon vor 50 Jahren haben sich die Länder der Welt die 40-Stunden-Woche zum Ziel gesetzt, in einem Uebereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation. Diese Norm haben die meisten Länder Europas bis anfangs der Achtzigerjahre schrittweise verwirklicht.

Was in der schweizerischen Gesetzgebung besonders stossend ist - und was wir unbedingt korrigieren möchten - das ist die Tatsache, dass das Gesetz geradezu unglaubliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbranchen zulässt. Je nachdem jemand bei einem öffentlichen Verkehrsbetrieb oder bei einer privaten Transportfirma angestellt ist, ob wir in einer Fabrik oder auf einer Baustelle in den Bergen

oder im Gastgewerbe arbeiten, in jedem Fall sind wir andern gesetzlichen Arbeitszeiten unterworfen. Dabei sind Unterschiede bis zu 18 Stunden pro Woche möglich !

Kommt noch dazu, dass oft die härteste und am schlechtesten bezahlte Arbeit auch mit der längsten Arbeitszeit gekoppelt ist. Wie auf manchen andern Gebieten des sozialen Lebens häufen sich auch hier die erlittenen Ungerechtigkeiten. Wir müssen verhindern, dass das Gesetz dazu beiträgt, die sonst schon besonders verwundbaren Arbeitnehmer (Ausländer, Frauen, wenig Qualifizierte usw.) noch mehr zu benachteiligen.

Verhandlungen auf der Ebene der Gesamtarbeitsverträge haben es ermöglicht, die 40-Stunden-Woche in den modernen Wirtschaftsbranchen einzuführen oder sich darauf zu einigen, dass sie innert einer Frist verwirklicht wird, die kürzer ist, als die in der Volksinitiative vorgesehene. Damit ist auch bereits der Beweis erbracht, dass die Herabsetzung der Arbeitszeit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf dem gleichen Fuss stehen. Das Experiment ist gelungen, folglich können wir es ins Gesetz übertragen.

Wenn der Abstand zwischen der in den Gesamtarbeitsverträgen festgelegten Arbeitszeit und jener, die das Gesetz erlaubt, zu gross wird, könnten gewisse Unternehmer in die Versuchung kommen, aus ihrer Arbeitgeberorganisation auszutreten, um so den vertraglichen Verpflichtungen zu entgehen. Auf diese Weise könnten sie sich gegenüber den vertragstreuen Firmen unlautere Vorteile zuschanzen.

Für einige wenige Branchen hat der Bundesrat beschlossen, sämtliche Bestimmungen der Gesamtarbeitsverträge auf alle Beteiligten auszudehnen. Eine solche Ausdehnung ist jedoch dem Misserfolg bei den Vertragsverhandlungen ausgeliefert. In der Hotellerie und im Gastgewerbe zum Beispiel sieht das Gesetz je nach Beruf Arbeitszeiten von 51, 57 und sogar 60 Stunden vor. In den letzten Jahren sind diese Zahlen dank einem "obligatorischen" Gesamtarbeitsvertrag nach unten korrigiert worden (auf 44, 46 und 49 Stunden pro Woche).

Jetzt aber liefert die schlechte Laune des Hoteliervereins die Arbeitnehmer wiederum der "Strenge des (schlechten) Gesetzes" aus...

Schon anfangs der Siebzigerjahre hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund Vorschläge für die Herabsetzung wenigstens der längsten Arbeitszeiten gemacht. Dass diese Revisionen wegen des Widerstands der Arbeitgeber stecken geblieben sind, zeigt uns, dass es wieder einmal Zeit ist, das Volk entscheiden zu lassen.

Würde die Annahme der Initiative Probleme schaffen ?

Arbeitgeberkreise und die politischen Parteien, die ihnen nahe stehen, sagen bei jedem Vorschlag, die gesetzliche Arbeitszeit herabzusetzen, den wirtschaftlichen Ruin des Landes voraus. Dass sich diese Prophezeiungen in der Vergangenheit nie erfüllt haben, hindert sie nicht daran, sie zu wiederholen. Wenn wir ihre Argumente prüfen, müssen wir lernen, zwischen den ideologischen "Zauberformeln" und einer objektiven Analyse zu unterscheiden.

Die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie und der Dienstleistungen (Banken, Versicherungen usw.), die auf den internationalen Markt ausgerichtet sind, wird durch die Initiative nicht gefährdet. Die 40-Stunden-Woche ist in den wichtigsten Branchen, die für den Export arbeiten (graphische Industrie, Chemie, Glas-, Maschinen-, Uhren-, Zigaretten- und Zigarrenindustrie) entweder bereits verwirklicht oder für 1989 vorgesehen. Alle andern nach aussen orientierten Betriebe arbeiten höchstens 42 1/2 Stunden pro Woche. Die Initiative würde diese "Bummler" höchstens zwingen, die Arbeitszeit bis Ende 1990 um 1 1/2 Stunden herabzusetzen und dann bis Ende 1991 um eine weitere Stunde. Wer könnte da noch von einer übertrieben schweren Belastung reden ?!

Das Markenzeichen der Schweiz ist die Qualität, und diese kann sich nicht auf eine wenig qualifizierte Arbeit stützen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist so etwas wie eine Wette

auf die Verbesserung dieser Qualität, auf die Ausbildung der Frauen und Männer in unserem Lande, die es uns ermöglichen sollen, die weniger anspruchsvolle Massenproduktion den erst seit kurzem industrialisierten Ländern zu überlassen. Unsere Initiative ist deshalb weit davon entfernt, die Stellung der Schweiz auf den internationalen Märkten zu schwächen.

Im Gegenteil: Sie zwingt die Betriebe, sich auf zukunfts-trächtige Produktionen und Dienstleistungen zu konzentrieren.

Das Festhalten an den Löhnen würde auch keine neue Preis-explosion auslösen. Im schweizerischen Durchschnitt schlägt die Initiative vor, die Arbeitszeit um weniger als 6 Prozent herabzusetzen, und dies erst noch innerhalb von mehr als 3 Jahren. Diese Spanne liegt unterhalb der Produktivitäts-entwicklung in den letzten Jahren und den Prognosen für die nächste Zukunft. Die Erhöhung der Lohnkosten wird durch eine gesteigerte Produktion pro Arbeitsstunde ausgeglichen. Es sind die technische Entwicklung, neue Formen der Arbeitsorganisation, aber auch die verminderte Ermüdung der Arbeitnehmer, welche die Produktivität steigern.

In den Wirtschaftszweigen, die keine technische Revolution erleben - wo also die Arbeit des Menschen immer ungefähr die-selbe Quantität an Gütern und Dienstleistungen produziert -, müssen die entsprechenden Preise laufend angepasst werden. Das ist völlig normal. Ein Haarschnitt wird also verhältnis-mässig teurer, diese Verteuerung wird jedoch ausgeglichen durch die relative Verbilligung vieler anderer Produkte, zum Beispiel aller jener, die elektronische Komponenten aufweisen (Taschenrechner zum Beispiel). Nicht normal wäre, wenn die Herabsetzung der Arbeitszeit von den Produktivitäts-fortschritten in jedem einzelnen Beruf abhängig gemacht würde, wenn die einen gleich lange arbeiten müssten wie vor einem Jahrhundert, während sich die andern mit einigen Stunden pro Woche begnügen dürften.

Die Verwirklichung der 40-Stunden-Woche hätte auch kein Absinken der Ausnützungskapazitäten zur Folge. Im Gegenteil. In der Mehrzahl der Betriebe, insbesondere dort, wo die Investitionen bedeutend sind, stellen wir schon heute eine

Entkoppelung zwischen den Arbeitszeiten der Arbeitnehmer und der Ausnützung der Produktionseinrichtungen und Räumlichkeiten fest. Je kürzer die Arbeitszeit ist, umso mehr lohnt es sich, diese Entkoppelung zu organisieren, sich Möglichkeiten für Formen der Teilzeitarbeit zu öffnen usw.

Die Initiative führt keine "neuen normativen Starrheiten in bezug auf die Gestaltung der Arbeitszeit" ein, wie dies die Zeitung der Arbeitgeberverbände behauptet. Die Initiative begnügt sich vielmehr damit, in den bestehenden Gesetzen und Reglementen die dort bereits aufgeführten Arbeitszeiten nach unten zu korrigieren. Wir schlagen also nicht etwa vor, auf einem neuen Gebiet gesetzgeberisch tätig zu werden, sondern nur, die bestehende Gesetzgebung der Entwicklung unserer Gesellschaft anzupassen.

Die Initiative ändert auch nichts am System, das die durchschnittliche Dauer der Arbeitszeiten für gewisse Saisonierbranchen vorsieht oder Ueberschreitungen der gesetzlichen Dauer der Arbeitszeit durch Ueberstunden, Kompensierung von Urlauben usw. Das BIGA hat ausgerechnet, dass das Gesetz erlaubt, in einzelnen Wochen und ohne Kompensation durch Freizeit die "maximale" Dauer der Arbeitszeit um mehr als 30 Stunden - pro Woche (!) zu überschreiten. Frage: Was ist denn hier eigentlich übertrieben, die Strenge oder der Laxismus ?

Die Initiative ist auch keineswegs gegen den Wunsch vieler Leute gerichtet, die Arbeitszeit zu individualisieren. Teilzeitarbeit und variable Arbeitszeiten finden im Rahmen einer Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit durchaus ihren Platz: Der Stundenlohn wird aufgewertet und der Spielraum für gleitende Arbeitszeiten erweitert. Ganz abgesehen davon, dass die höheren Kader, Forscher, Künstler - das heisst alle Personen, die möglichst viel Freiraum für ihr Wirken benötigen - dem Arbeitsgesetz nicht unterstellt sind. Was die Initiative jedoch verhindern will, ist, dass man jeder und jedem - und insbesondere jenen, die sich am wenigsten dagegen wehren können - Arbeitszeiten für "Arbeitstiere" aufzwingen kann.

Der Zusammenhang zwischen der Dauer der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungsentwicklung ist komplex. Er ist je nach Wirtschaftszweig verschieden: Dort, wo das Ausmass der Arbeitszeitverkürzung mit der Entwicklung der Produktivität übereinstimmt, ist die Auswirkung auf die Beschäftigung im Prinzip neutral. Dort, wo die Präsenz einer Person unerlässlich ist (im Verkauf, bei sozialen Aktivitäten usw.) wird man entweder Leute einstellen (wie dies bei den PTT geschehen ist) oder sich auf die besonderen Wünsche der Kunden spezialisieren müssen (wie es im Gewerbe geschieht).

Die Auswirkung auf die Beschäftigung hängt auch vom zeitlichen Rhythmus der Arbeitszeitverkürzung ab. Die Erfahrungen, die in Deutschland (Metallindustrie) und in der Schweiz (Baugewerbe, graphische Industrie) gemacht wurden, zeigen, dass dank der Herabsetzung der Arbeitszeit die Anzahl der Beschäftigten gehalten werden konnte oder eine leichte Zunahme zu verzeichnen war. Wahrscheinlich war dies der Fall, weil ein Zusammenhang mit der Einführung neuer Techniken oder einer konjunkturellen Belebung bestand. Beide Erscheinungen dauern an.

Es ist völlig daneben, wenn behauptet wird, dass kurze Arbeitszeiten Arbeitslosigkeit "produzieren". Die Statistiken zeigen, dass es zwischen diesen beiden Grössen keinen Zusammenhang gibt. Die Schweiz und die USA kennen ungefähr die gleiche Dauer der Arbeitszeit: Die Arbeitslosenrate ist jedoch in den USA neunmal höher als in der Schweiz. Schweden ist bekannt für seine ausgeprägte Sozialpolitik, Japan "berühmt" für seine langen Arbeitszeiten. Es ist jedoch Schweden, das eine leicht tiefere Arbeitslosenrate aufweist.

Die Initiative schlägt nicht vor, die Arbeitnehmer hätten in der Zukunft ihren gerechten Anteil an der Produktivität nur noch in der Form von Arbeitszeitverkürzung zu erhalten - und dass darüber erst noch das Parlament zu entscheiden hätte. Das wichtigste Instrument für die Verteilung der "Dividenden" des technischen Fortschritts ist und bleibt der Gesamtarbeitsvertrag. Er ermöglicht es, unter verschiedenen Formen

der Verbesserung der Arbeitsbedingungen die jeweils gewünschte und angemessene auszuwählen. Wenn sich jedoch die Beschäftigungslage verschlechtert, und wenn es die Sorge um die Vollbeschäftigung notwendig macht, wird man die "Uhrzeiger" des Gesetzes nach den Erfordernissen der Zeit richten müssen.

Musterreferat (ca. eine Viertelstunde)ES IST JETZT ZEIT FÜR DIE 40-STUNDEN-WOCHE FÜR ALLE

Am ersten Wochenende im Dezember finden wichtige Volksabstimmungen statt. Unter anderem über die Initiative zur Herabsetzung der Arbeitszeit. Es waren Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die diese Initiative gewollt und unterstützt haben. Jetzt aber werden alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger über ihr Schicksal entscheiden können. Es genügt also nicht, dass wir davon überzeugt sind, dass es sich bei dieser Initiative um ein berechtigtes und zeitgemässes Anliegen handelt. Wir müssen auch die andern davon überzeugen. Das ist die Aufgabe, die wir in den nächsten Wochen und Tagen anpacken müssen.

Wir fordern die 40-Stunden, weil wir sie wollen

Am Anfang unserer Initiative hat ganz einfach unser Bedürfnis nach mehr freier Zeit gestanden. Nach mehr Zeit, die uns gehört, über die wir frei verfügen können. Gewiss, wir haben auch noch andere Bedürfnisse: ein genügendes Einkommen, eine Arbeit, die so gestaltet ist, dass wir uns entwickeln können, eine gesunde Umwelt usw. Ist es aber nicht immer die fehlende Zeit, die uns am meisten behindert und oft bedrückt? Ist es nicht gerade auf dem Gebiete der freien Zeit, wo wir am meisten Mühe haben, das "Existenzminimum" zu überschreiten? Dabei fällt es uns nicht ein, die in die Augen springenden Fortschritte zu "vernütigen", die wir in bezug auf die Verlängerung der Ferien erzielt haben. Es stimmt auch, dass seit 40 Jahren jede und jeder das Recht auf die Leistungen der Altersversicherung hat und dass damit im Alter der Zwang zur Arbeit entfällt. Und schliesslich wollen wir auch nicht bestreiten, dass sich die 5-Tage-Woche fast überall immer mehr durchsetzt.

Nur, der Arbeitstag, der ist immer noch gleich lang, und gerade an den Arbeitstagen fehlt uns die freie Zeit am allermeisten. Da haben wir zu wenig Zeit für die Familie, für die Freunde, aber auch für uns selber. Da fehlt uns dann auch die Zeit, um "à jour" zu bleiben, uns weiter zu bilden. Und solange das so bleibt, ist unsere Wochenarbeitszeit eben nicht im Gleichgewicht.

Das soll und muss anders werden

In der Schweiz hat, unter dem Druck der Arbeitnehmer, erst 1979 eine wichtige Wirtschaftsbranche die 40-Stunden-Woche eingeführt. Es waren die Buchdrucker, die den Weg zeigten, den es einzuschlagen galt. Der gesamten Gewerkschaftsbewegung drängten sich dann zwei logische Folgerungen auf: Es galt, mit den Arbeitgebern in jenen Wirtschaftszweigen, wo die Gewerkschaften präsent sind, eine beschleunigte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auszuhandeln. Gleichzeitig musste aber auch eine Änderung jener Gesetze angestrebt werden, welche die maximale Arbeitszeit festsetzen. Das letztere nicht, weil es die Gewerkschaften amüsiert, die Gesetzesmaschinerie in Schwung zu bringen, sondern ganz einfach, um zu verhindern, dass Ungleichheit und Ungerechtigkeit in bezug auf die freie Zeit noch grösser werden. Indem wir so gleichzeitig den Weg über die Vertragsverhandlungen mit den Arbeitgebern und den politischen Weg über die Volksinitiative eingeschlagen haben, konnten wir alle Chancen auf unsere Seite bringen. Beide Anstrengungen verstärkten sich gegenseitig.

In den folgenden Jahren sind denn die Erfolge auch nicht ausgeblieben. Die fortschrittlichsten und dynamischsten Wirtschaftszweige haben der Einführung der 40-Stunden-Woche zugestimmt. Heute ist sie in der Mehrheit der Unternehmen der Exportindustrie bereits verwirklicht oder für die aller-nächsten Jahre programmiert. So zum Beispiel in der graphischen Industrie, der Chemie, der Uhren- und Maschinenindustrie sowie der Glas- und der Tabakindustrie usw. In der Textil- und der Nahrungsmittelindustrie fehlen nur noch eine oder

zwei Stunden, bis das Ziel auch dort erreicht ist. Damit ist auch bewiesen, dass die Schweizer Unternehmen im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig sind, und zwar dank der Qualität ihrer Arbeit und weil sie die ihren Kunden gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zuverlässig und pünktlich einhalten - und nicht etwa, weil sie an übertrieben langen Arbeitszeiten festhalten.

Es sind jene Betriebe, die für den Konsum im Landesinnern arbeiten und daher der internationalen Konkurrenz kaum oder überhaupt nicht ausgesetzt sind - und wo auch starke Gewerkschaften fehlen -, denen ein längst veraltetes Gesetz immer noch 50 Arbeitsstunden pro Woche oder sogar mehr gestattet. Und genau in diesen Betrieben finden wir denn auch Arbeitszeiten, die einfach nicht mehr geduldet werden können. Ihnen ist es zu "verdanken", dass ein Drittel der Arbeitnehmer in der Schweiz immer noch mehr als 45 Stunden in der Woche arbeiten muss.

Mit unserer Initiative wollen wir diesen "Bummlern" Beine machen und dafür sorgen, dass sie zum Gros der Truppe endlich aufschliessen. Weil sie Bremser eines menschlich wertvollen Fortschritts sind. Aber auch, weil jene andern, denen es in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit besser geht, nicht länger mit ansehen wollen, wie die am wenigsten Begünstigten gezwungen werden, ungebührlich viel Zeit für ihren Brotverdienst aufzuwenden. Schliesslich aber auch, weil - solange das Gesetz den über die Gesamtarbeitsverträge erreichten Fortschritten nicht angepasst wird - diese Errungenschaften ungesichert bleiben.

Was schlägt die Initiative vor?

Unsere Bundesverfassung bestimmt, dass der Bund das Recht hat, zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer Vorschriften über die Dauer der Arbeitszeit zu erlassen. Bis heute war es jedoch so, dass jede gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit das Resultat eines Kampfes war, der sowohl auf der gewerkschaftlichen als auch auf der politischen Ebene geführt wurde.

Das erste Bundesgesetz auf diesem Gebiet (es war auf die Fabriken beschränkt) setzte die Wochenarbeitszeit auf 65 Stunden fest. Es mussten 40 Jahre ins Land gehen, bis die 59-Stunden-Woche erreicht werden konnte. Den nächsten Schritt - es war der wichtigste in der Sozialgeschichte der Schweiz - war eine Frucht des Generalstreiks im Jahre 1918: Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der 59-Stunden-Woche ist das Gesetz nach unten korrigiert worden. Auf einen Schlag wurde die 48-Stunden-Woche zur Regel. Um dann von der 48- zur 45-Stunden-Woche in der Industrie und den grossen Unternehmen zu gelangen, mussten nochmals 56 Jahre und eine Zwischenetappe vergehen. Für das Gewerbe wurde hingegen in der Regel erst einmal die 50-Stunden-Woche eingeführt.

Die Initiative zur Herabsetzung der Arbeitszeit verlangt vom Bund, periodisch zu prüfen, ob sich angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung, der Steigerung der Produktivität und der damit verbundenen Gefahr für die Beschäftigung nicht eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit aufdränge.

Praktisch bestimmt die Initiative, nach welchen Modalitäten in den nächsten Jahren die 40-Stunden-Woche verwirklicht werden soll. Alle eidgenössischen Gesetze und Reglemente über die maximale oder die durchschnittliche Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit müssen geändert werden: Ein Jahr nach der Annahme der Initiative, das heisst Ende 1989, müssen die maximalen Arbeitszeiten um zwei Stunden pro Jahr herabgesetzt werden. Mit dieser Bestimmung wird es möglich, den gegenwärtig äusserst unterschiedlichen Situationen Rechnung zu tragen.

Das Bundespersonal wird Ende 1989 oder am 1. Januar 1990 in den Genuss der 40-Stunden-Woche kommen, ein Jahr also nach der Annahme der Initiative. Die Industriearbeiter, die Büro- und die technischen Angestellten sowie das Verkaufspersonal in den grossen Geschäften des Detailverkaufs werden spätestens Ende 1991 ebenfalls von ihr profitieren können. Hingegen werden die kleinen und mittelgrossen Betriebe, insbesondere die Detailverkaufsläden, bis Ende 1993 Zeit haben,

die Arbeitszeit ihres Personals auf 40 Stunden pro Woche zu verkürzen. Gewissen Branchen wird sogar eine noch längere Frist eingeräumt, um sich anzupassen, so zum Beispiel den Strassentransporteurs, Taxihaltern, Hoteliers, Gastwirten usw. Und da soll es Leute geben, die keck behaupten, die Initiative sei zu wenig flexibel!...

Dank der schrittweisen Anpassung der Arbeitszeiten kann auch das Festhalten an den wohlverworbene Löhnen gefordert werden. Kein Arbeitgeber wird das Recht haben, unter dem Vorwand der angenommenen Initiative, Abstriche am Lohn zu erzwingen. Die Entwicklung der Produktion pro Arbeitsstunde wird übrigens die Herabsetzung der Arbeitszeit ausgleichen. Das Festhalten am erworbenen Lohn ist auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit: Es sind die Ausgaben der Haushalte, welche die Konjunkturschwankungen stabilisieren. Ein Angriff auf die Kaufkraft der Lohnbezüger wäre das sicherste Mittel, unsere Betriebe in Schwierigkeiten zu bringen!

Fassen wir zusammen:

Die allermeisten Leute leiden chronisch an Zeitmangel. Sie möchten in einem anderen Rhythmus leben, mehr Wert auf das Sein als auf das Haben legen.

Die 40-Stunden-Woche ist das Ziel, das sich alle Länder der Welt gesteckt haben. Die Mehrzahl der Länder Europas haben dieses Ziel nicht nur erreicht, sondern bereits übertroffen, das heisst man arbeitet dort weniger als 40 Stunden.

Die Schweiz ist auf diesem Gebiet gegenüber ihren Nachbarn in einen erstaunlichen Rückstand geraten. Nicht nur die durchschnittliche Dauer der Arbeitszeit ist bei uns länger als anderswo, sondern auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und Berufen in bezug auf die Arbeitszeit sind geradezu enorm. Die Schweiz ist wohl mindestens "Europameister" in Sachen Ungerechtigkeit auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Es gibt keinen vernünftigen Grund, auf diesen Meistertitel stolz zu sein!

Der Schritt, den es, dem Inhalt der Initiative entsprechend, zu tun gilt, um bis in einigen Jahren die 40-Stunden-Woche für alle und ohne Lohneinbusse zu verwirklichen, ist wirtschaftlich ohne weiteres zu verkraften. Der Zeitpunkt dazu ist günstig.

Fortschritte lassen sich nur verwirklichen, wenn man weiss, was man will und wenn sich alle vereint für ein Ziel einsetzen. Wenn der eine nach hüst und der andere nach hott zieht, der eine mehr Ferien oder die frühere Pensionierung, der andere kürzere Wochenarbeitszeit will usw., dann ist nur eines ganz sicher: Die "Hüst-und Hotter" werden überhaupt nichts erreichen.

Acht Stunden pro Tag sind genug! Wenn etwas erwünscht und erst noch möglich ist, und wenn es genügt, ein Ja in die Urne zu legen, um es zu bekommen... wer möchte da an jenem Dezember-sonntag zu Hause bleiben!? Oder gar rückständigen Patrons eine Freude machen?

Am 3. und 4. Dezember können wir über eine einfache Frage entscheiden, die unmittelbar die Gestaltung unseres Alltagslebens betrifft. Jede und jeder Stimmberechtigte kann auf diese Frage antworten. Dazu braucht man nicht Jurist zu sein (auch wenn wir uns von sattelfesten Rechtsgelehrten haben beraten lassen, die uns bei der Formulierung der Initiative geholfen haben). Auch Doktor der Volkswirtschaft muss keine und keiner sein (auch wenn wir alle möglichen Folgen der Initiative studiert und festgestellt haben, dass die gegenwärtige Konjunktur besonders günstig ist). Schliesslich ist die Freizeit ja auch unsere höchstpersönliche Angelegenheit.